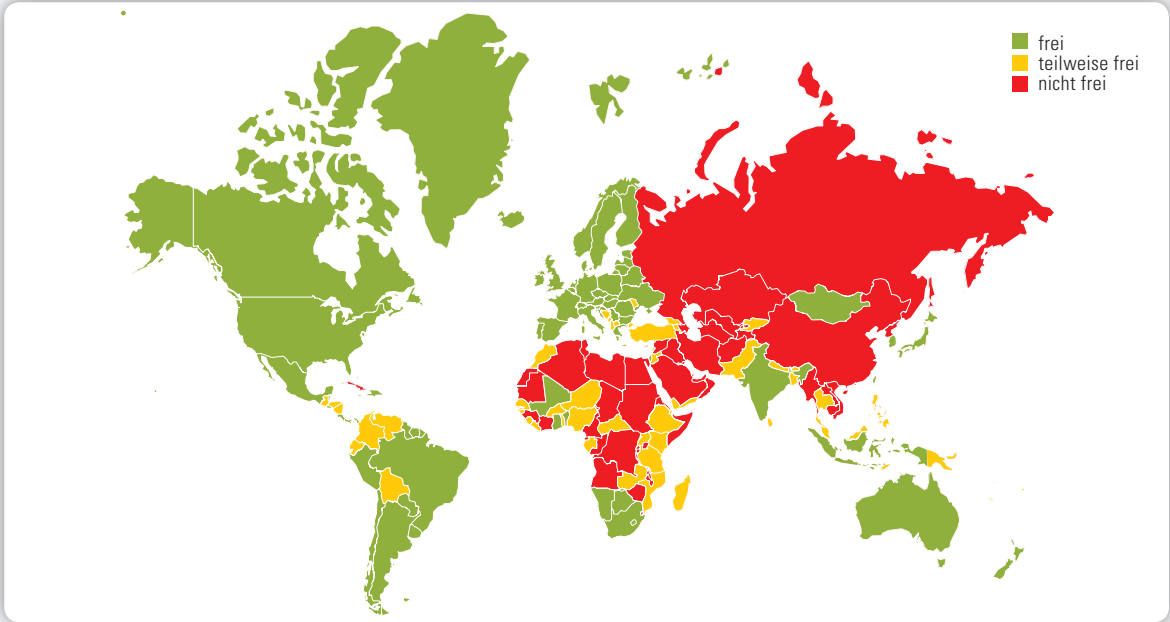


Politische Systeme als Forschungsobjekt – eine Einführung

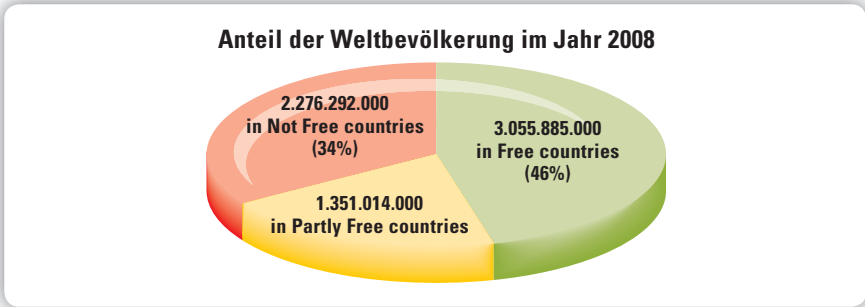
1. Von freien und unfreien Ländern

M1

Die Weltkarte der Freiheit 2008



Freedom House world map 2009.png (abgerufen am 13.1.2009)



www.freedomhouse.org/uploads/fiw09/FIW09_Tables&GraphsForWeb.pdf

M2

Weltweite Freiheitsentwicklung seit 1978

	Freie Länder		Teilweise freie Länder		Unfreie Länder	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1978	47	30	56	35	55	35
1988	60	36	39	23	68	41
1998	88	46	53	28	50	26
2008	89	46	62	32	42	22

www.freedomhouse.org/uploads/fiw09/FIW09_Tables&GraphsForWeb.pdf (abgerufen am 13.1.2009)

Kriterien für die Unterscheidung nach freien und unfreien Ländern

M 3

Die regierungsunabhängige amerikanische Menschenrechtsorganisation „Freedom House“ veröffentlicht seit 1972 jährlich eine Weltkarte, auf der die Länder nach den Kategorien „frei“, „teilweise frei“ und „unfrei“ eingeteilt werden. Sie ist das

Ergebnis des folgenden (hier stark vereinfachten) Fragenkatalogs. Untersucht werden dabei die verfassungsrechtliche Verankerung wie auch die Umsetzung der Rechte in der politischen und gesellschaftlichen Realität.

10

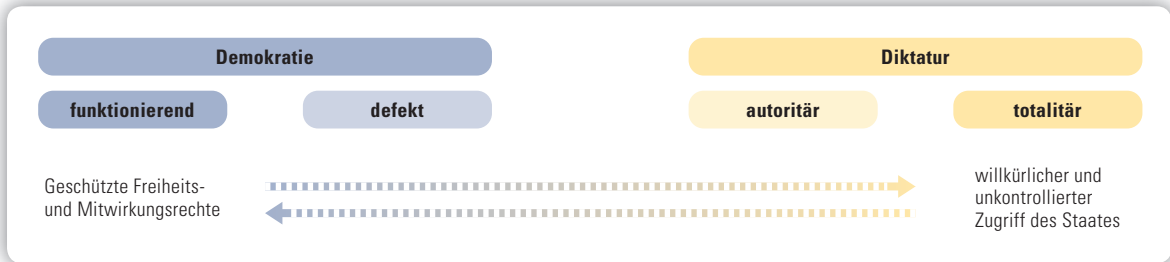
Politische Rechte	Bürgerliche Freiheiten
Gibt es freie und faire Wahlen?	Sind Meinungs- und Religionsfreiheit verwirklicht?
Sind politischer Pluralismus und Partizipation möglich?	Können sich die Bürger frei versammeln und organisieren?
Gibt es eine demokratisch legitimierte und funktionierende Regierung?	Entspricht das Rechtssystem rechtsstaatlichen Grundsätzen?
	Sind das Recht auf persönliche Autonomie und die Individualrechte gesichert?

Autorentext

Die Verwirklichung der Individualrechte als wichtiges Kriterium

M 4

Die Freiheiten des Individuums nehmen tendenziell von links nach rechts ab, während die Zugriffsmöglichkeiten des Staates stärker und unkontrollierbarer werden.



Defekte Demokratien weisen in einzelnen Teilbereichen, die eine funktionierende Demokratie auszeichnen – freie und faire Wahlen, politische Teilhaberechte, bürgerliche Freiheitsrechte, Gewaltenteilung, effektive Regierungsgewalt – Funktionseinschränkungen auf. Zum Beispiel kann die Regierungsgewalt nicht ausschließlich bei den gewählten Repräsentanten liegen, sondern wird von Lobbyisten, dem Militär oder einer Guerilla

eingeschränkt, die auf bestimmten Gebieten ihr Veto einlegen können. Häufen sich solche demokratischen Defizite, muss eine defekte Demokratie aber als diktatoriale Staatsform angesehen werden. Zur genaueren Unterscheidung von autoritären und totalitären Diktaturen siehe Kapitel 3.

10

15

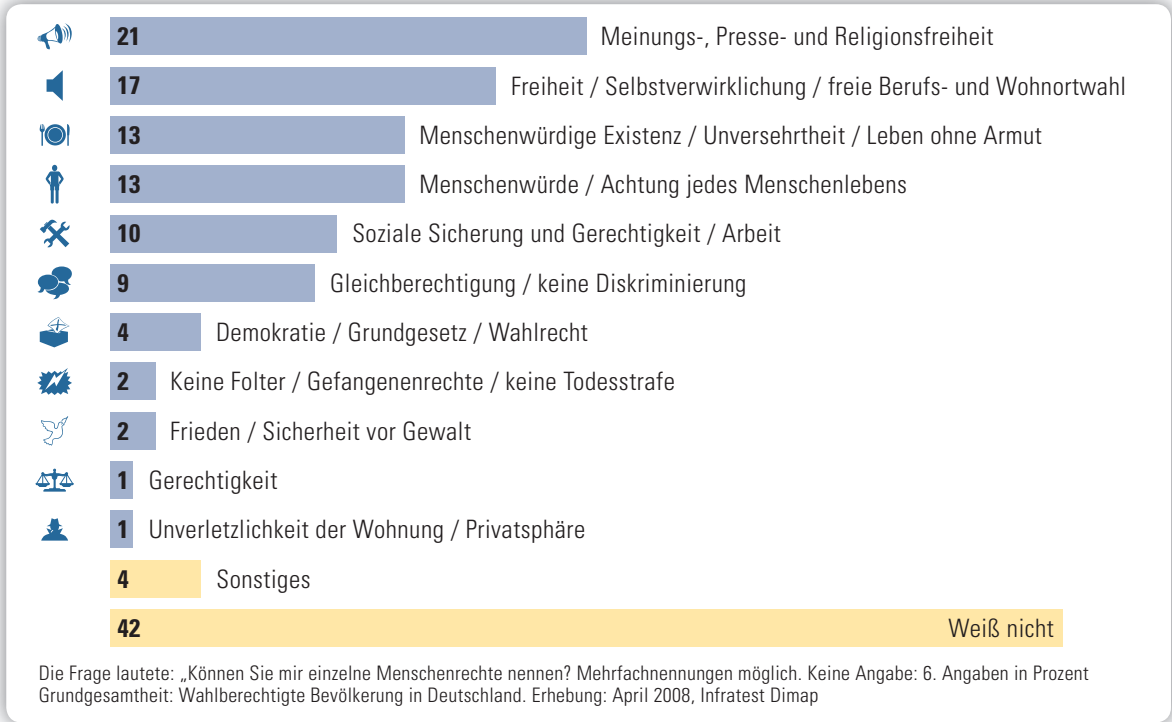
Autorentext

Aufgabe

Geben Sie in einer kleinen Presseschau Nachrichten aus den letzten Tagen wieder, die auf Unfreiheiten, wie sie der Freedom-House-Index abfragt, in verschiedenen Regionen der Welt hinweisen. (M 3)

2. Zur Entwicklung der Menschenrechte

M5 Kennen Sie ein Menschenrecht?



Amnesty Journal 8-9/2008, S. 16

M6 Eine kurze Geschichte der Menschenrechte

Antike

- Das Gesetz des Hammurabi in Babylonien (Irak, ca. 2000 v.Chr.) war das erste schriftlich niedergelegte Gesetzbuch, eingeführt vom König Babylons. Es gelobte, „im Königreich Gerechtigkeit walten zu lassen, die Bösen und Gewalttätigen zu vernichten, die Starken von der Unterdrückung der Schwachen abzuhalten ... und das Gute im Volk zu fördern.“
- Ein Pharao im Alten Ägypten (ca. 2000 v.Chr.) gab folgende Anweisung an Untergebene: „Wenn ein Bittsteller ... kommt ..., soll nach dem Gesetz alles getan werden, dass nach gutem Brauch das Recht jedes Menschen geachtet wird.“
- Die Charta von Cyrus (Iran, ca. 570 v.Chr.) wurde vom König Persiens für sein Volk aufgestellt und garantierte das Recht auf Freiheit, Sicherheit, Freizügigkeit und einige soziale und wirtschaftliche Rechte.

Die Englische Magna Charta und die Bill of Rights

1215 erhoben sich englische Adlige und Angehörige des Klerus gegen den Machtmissbrauch König Johns I. und zwangen mit der großen Freiheitscharta (der Magna Charta) den König zu dem Versprechen, das Gesetz zu achten. Zwar hielt sich der König nicht daran, doch wurde die Magna Charta ein immer wieder zitiertes Dokument für die Verteidigung von Freiheiten. Sie zählt eine Reihe von Rechten auf wie das Recht aller freien Bürger, Eigentum zu besitzen und zu vererben, frei von unangemessenen Steuern. Sie etablierte die Grundsätze des fairen Gerichtsverfahrens und der Gleichheit vor dem Gesetz. Als König James II. das Gesetz missachtete, wurde er 1688 von seinen Untertanen gestürzt. 1689 verabschiedete das Parlament ein Gesetz mit der Erklärung, dass es keine weitere Einmischung des Königs in seine

Angelegenheiten dulden werde. Dieses Gesetz, das als „Bill of Rights“ bekannt wurde, verbot dem Monarchen, Gesetze ohne Zustimmung des Parlaments außer Kraft zu setzen, setzte freie Wahlen für Parlamentsabgeordnete an und proklamierte die Redefreiheit im Parlament, die weder vor Gericht noch sonst wo in Frage gestellt werden durfte.

Die Geburt des Naturrechts

Während des 17. und 18. Jahrhunderts brachten mehrere Philosophen in Europa das Konzept der „natürlichen Rechte“ auf. Diese Rechte sollten einer Person aufgrund ihres Menschseins zukommen und nicht aufgrund ihres Bürgerstatus oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion oder ethnischen Gruppe. Der Gedanke, dass diese natürlichen Rechte einen Anspruch auf bestimmte gesetzliche Rechte begründen, spiegelte sich bald in den Verfassungen einiger Länder wider.

Die Französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (1789)

1789 stürzten die Franzosen ihre Monarchie und errichteten die erste französische Republik. Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte entstand aus der Revolution und wurde von Vertretern des Klerus, des Adels und der gemeinen Bürger verfasst, die darin die Ideen der Aufklärer wie Voltaire, Montesquieu, Rousseau und den Enzyklopädisten aufnahmen. Die Erklärung attackierte das politische und rechtliche System der Monarchie und definierte die natürlichen Rechte des Menschen als „Freiheit, Eigentum, Sicherheit und das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung.“ Sie ersetzte das System der aristokratischen Privilegien, wie es unter der Monarchie existiert hatte, durch das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz. Dieser Erklärung wird 1791 von Olympe de Gouges mit ihrer „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ ein Dokument entgegengestellt, das den für natürlich angesehenen Ausschluss der Frauen aus dem politischen Leben in Frage stellt.

Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung, Verfassung und Bill of Rights (1791)

1776 erklärten die meisten britischen Kolonien in Nordamerika in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit vom British Empire. Diese beruhte weitgehend auf der „Naturrechtsphilosophie“ von Locke und Montesquieu und inspirierte die französische Revolution und die Aufstände gegen das spanische Regime

in Südamerika. Später wurde die Regierung zentralisiert, ihre Macht jedoch so weit eingeschränkt, dass die individuelle Freiheit garantiert war. Zwanzig Zusatzartikel zur Verfassung bildeten die American Bill of Rights.

Frühe internationale Übereinkommen

Im 19. und 20. Jahrhundert wurden eine Reihe von Menschenrechtsproblemen augenfällig und auf internationaler Ebene in Frage gestellt, beginnend mit Themen wie Sklaverei, Leibeigenschaft, grausame Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit. Damals wurden die ersten internationalen Verträge über Menschenrechte geschlossen.

- Die Sklaverei wurde um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in England und Frankreich verboten. 1814 unterzeichneten die britische und die französische Regierung den Vertrag von Paris mit dem Ziel, bei der Bekämpfung des Sklavenhandels zusammenzuarbeiten. 1890 wurde ein Gesetz gegen die Sklaverei unterzeichnet, das später 18 Staaten ratifizierten.
- Die ersten Genfer Konventionen (1864 und 1929) waren ein weiteres Feld früher internationaler Kooperation. Sie fixierten Anforderungen für die Versorgung kranker, verwundeter Soldaten.

Das 20. Jahrhundert

Die Idee, die Rechte von Menschen gegen die Herrschenden zu schützen, begann sich immer mehr durchzusetzen. Einige Staaten hatten bereits erkannt, wie wichtig es ist, diese Rechte schriftlich niederzulegen, und so wurden die oben beschriebenen Dokumente zu Vorläufern vieler der heute gültigen Menschenrechtsverträge. Endgültig jedoch wurden die Menschenrechte durch den Zweiten Weltkrieg auf die internationale Tagesordnung gebracht.

Der Völkerbund war eine zwischenstaatliche Organisation, die, nach dem Ersten Weltkrieg gegründet, grundlegende Menschenrechtsstandards zu schützen versuchte. Doch erst nach den entsetzlichen Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs und weitgehend als deren Ergebnis entstand ein internationaler Gesetzeskorpus. Diese Ereignisse machten es sowohl möglich als auch notwendig, sich international darüber zu einigen, dass der Schutz und die Kodifizierung der Menschenrechte auf internationaler Ebene geregelt werden müssen. In der Charta der Vereinten Nationen, unterzeichnet am 26. Juni 1945, spiegelt sich diese Überzeugung

wider. Die Charta nennt als grundlegende Ziele der Vereinten Nationen, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ und „unseren
140 Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau ... erneut zu bekräftigen“.

145 Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) wurde von der Menschenrechtskommission, einem Organ der Vereinten Nationen, ausgearbeitet und von der Generalversammlung am 10. Dezember 1948 angenommen. Seit damals

wurden etliche wichtige Instrumente zur Sicherung ihrer Prinzipien geschaffen und von der internationalen Gemeinschaft vereinbart. Weitere Informationen über einige dieser internationalen Verträge finden sich an späterer Stelle in diesem Kapitel, u.a. auch Informationen über die Europäische
155 Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Kompass. Handbuch zur Menschenrechtsbildung für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Hrsg. vom Deutschen Institut für Menschenrechte, 2005, S. 282-284

Aufgaben

1. Entwickeln Sie Erklärungsansätze für das geringe Wissen um die Menschenrechte (M 5).
2. Erstellen Sie ein Konzept, wie an der Schule z.B. die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1948 (oder andere Daten aus der Geschichte der Menschenrechte) für Schüler dauerhaft präsent sein könnte.
3. Frauen und Kinder sind weltweit besonders von Menschenrechtsverletzungen betroffen. Klären Sie die Begriffe „Frauenrechte“ bzw. „Kinderrechte“ und zeigen Sie an Beispielen, wie sich die UNO um deren Verwirklichung bemüht.
4. Der Fall Daschner: Der stellvertretende Frankfurter Polizeipräsident Daschner hatte im Herbst 2002 dem (damals mutmaßlichen) Kindesentführer Gäfgen durch einen Kriminalbeamten die Zufügung von Schmerzen, also Folter, angedroht, wenn er nicht den Ort nenne, an dem sich das (eventuell noch lebende) Opfer, der elfjährige Jakob von Metzler, befinde. Der Bedrohte hatte darauf den Ort genannt, an dem dann die Leiche gefunden wurde. In einem Strafprozess wurde Daschner zwar milde, aber dennoch verurteilt, weil die Achtung der Menschenwürde unantastbar und Folter oder ihre Androhung in einem Rechtsstaat nicht zulässig sei.
Der geschilderte Fall zeigt Elemente eines kaum lösbaren Werte-Dilemmas, andererseits werden zentrale Aspekte des Rechtsstaats deutlich. Rekapitulieren Sie – ggf. unter Rückgriff auf das Grundgesetz – wichtige Grundsätze eines Rechtsstaats (siehe dazu Teil II, Kap. 1, M 4).
5. In den vorhergehenden Materialien werden Kriterien für die Unterscheidung politischer Systeme angeführt. Stellen Sie den inhaltlichen Zusammenhang zwischen Menschenrechten, Rechtsstaat und Herrschaft her. (M 1 - M 6)